

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 250

Februar 2015

... am
8. März
beim
Spital
Uster



Sie entscheiden über die Zukunft...



... am
12. April
bei den
Zürcher
Wahlen

Inhalt

Unser Mitbestimmungsrecht nicht aus der Hand geben	3
Abstimmung vom 8. März zur Umwandlung des Spitals Uster in eine AG Von Kathrin Agosti, SP-Gemeinderätin	
Die Pro-Argumente im Faktencheck: Nicht überzeugend	4-5
Abstimmung vom 8. März zur Umwandlung des Spitals Uster in eine AG Von Kathrin Agosti und Christoph Daeniker	
Neue Parlaments-Mehrheiten für Eltern und Kinder genutzt	6
Von Markus Wanner, SP-Fraktionspräsident	
Das Zentrum aktiv und gemeinsam gestalten	7
Von Balthasar Thalmann, SP-Gemeinderat	
250 Nummern FORUM: Ein kurzer Rückblick auf 40 Jahre	8-9
Von Stefan Feldmann, SP-Kantonsrat	
Für einen sicheren und sozialen Kanton Zürich – auch in Zukunft	10
Von Mario Fehr, SP-Regierungsrat	
Zürich kann mehr: Wenn sich Escher und Pestalozzi die Hand geben	11
Von Jacqueline Fehr, SP-Nationalrätin	
Der Kanton Zürich braucht mehr Steuergerechtigkeit	12
Von Stefan Feldmann, SP-Kantonsrat	
Kinder lernen fürs Leben	13
Von Claudia Wyssen, SP-Gemeinderätin	
Warum wir eine starke Sozialhilfe brauchen	14
Von Christoph Daeniker, Vorstand der SP Uster	
Bezirk Uster benötigt mehr bezahlbaren Wohnraum	15
Von Marius Weder, SP-Gemeinderat	
Es profitieren vor allem die Wohlhabenden	16
Abstimmung 8. März: Volksinitiative «Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» Von Stefan Feldmann, SP-Kantonsrat	
Unsere Abstimmungsparolen für den 8. März 2015	16

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster
www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei
Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage: 16 000 Exemplare
Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.–, auf PC 880–13431–8
Redaktion: Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut
Bilder: Rolf Murbach
Layout: Ewald Feldmann
Druck: Ropress Zürich
Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Editorial



Zur Zeit tut sich Erfreuliches und Unerfreuliches in der Ustermer Lokalpolitik. Erfreuliches gibt es aus dem Gemeinderat zu berichten, der seit den letzten Wahlen bezüglich möglichen Mehrheiten interessanter geworden ist. So hat sich etwa beim Budget oder bei den anstehenden Planungen im Zentrum Uster eine Mitte-Links-Allianz gebildet, die aufzeigt, dass eine vernünftige Politik für die Mehrheit anders aussieht, als das was sich der Bürgerblock vorstellt (mehr dazu auf den Seiten 6 und 7).

Zum Budget noch ein Nachtrag: Für unser Nein zu einem Budgetposten ohne jegliches Konzept (Herzkern) wurden wir aus den Kreisen des Gewerbeverbandes und des WFU heftig kritisiert. Auch der Stadtpräsident äusserte sein Unverständnis. Zu Unrecht: Gerade die Mitte-Links-Allianz betreffend öffentlichen Gestaltungsplänen auf dem Zeughaus- und dem Bezirksgerichtsareal zeigt, dass die SP und ihre Partner ein grosses Interesse am Zentrum haben. Wir wollen den Kern mitgestalten und ein attraktives Zentrum entwickeln. Die Vergangenheit zeigt aber leider, dass gerade der Gewerbeverband eine Verhinderungspolitik betreibt, ansonsten wir schon längst ein fussgängerfreundliches Zentrum hätten.

Das eher Unerfreuliche der Ustermer Lokalpolitik betrifft die Entwicklung beim Spital Uster: Am 8. März stimmen wir darüber ab, ob das Spital in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden soll. In meinen Augen eine der entscheidendsten Vorlagen der letzten Jahre. Nur mit einem NEIN kann die demokratische Mitwirkung der Bevölkerung beim Spital beibehalten werden. Nur mit einem NEIN können wir über den Bau einer Rehaklinik für über 300 Millionen mitentscheiden. Nur mit einem NEIN verhindern wir einen Verwaltungsrat, der sich praktisch jeglicher demokratischer Kontrolle entziehen kann. Meines Erachtens gibt es keinerlei überzeugende Argumente für eine AG aber viele dagegen, wie SP-Gemeinderätin Kathrin Agosti in ihrem Beitrag klar aufzeigt (mehr dazu auf den Seiten 3 bis 5).

Am 12. April schliesslich stellen wir im Kanton Zürich die Weichen für die zukünftige Politik. Mit Jacqueline Fehr (neu) und Mario Fehr (bisher) stellt die SP zwei überzeugende KandidatInnen für den Regierungsrat. Und für die Kantonsratswahlen können wir im Bezirk eine starke Liste präsentieren, angeführt von den bisherigen Kantonsratsmitgliedern Barbara Bussmann und Stefan Feldmann (alles zu den Wahlen auf den Seiten 10 bis 15).

Ich freue mich auf hoffentlich erfolgreiche Abstimmungen und Wahlen.

Matthias Stammach, Präsident SP Uster

Abstimmungen vom 8. März: 2x NEIN zur Umwandlung des Spitals Uster in eine Aktiengesellschaft

Unser Mitbestimmungsrecht nicht aus der Hand geben



Auf die Entwicklung des Spitals Uster soll die Bevölkerung auch in Zukunft Einfluss nehmen können.

Bei einer Umwandlung in eine AG wäre das nicht mehr der Fall.

(Quelle Foto: Spital Uster)

Am 8. März 2015 stimmen wir über eine wichtige Vorlage zum Spital Uster ab. Es geht um die Frage, ob dessen heutige Trägerschaft, ein Zweckverband der beteiligten Gemeinden, in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft (AG) umgewandelt werden soll. Vordergründig handelt es sich nur um eine formale Änderung der Rechtsträgerschaft. Dahinter steht aber die wichtige Frage, ob wir als Gesellschaft mitbestimmen möchten, in welche Richtung sich unser Gesundheitswesen entwickeln soll oder ob wir dies der Marktlogik überlassen wollen.

Von Kathrin Agosti, SP-Gemeinderätin

Solange der Spital Uster als Zweckverband organisiert ist, können wir als Gesellschaft bei wichtigen Entscheiden – sei es z. B. die Zusammenlegung mit einem anderen Spital, der Verkauf der Spitalliegenschaft oder ein grosses Umbauprojekt – mitbestimmen. Beim Zweckverband ist mit Referendums- und Initiativrecht demokratische Einflussnahme vorgesehen. Da für den Zweckverband öffentliches Recht gilt, ist er gegenüber der Bevölkerung zur Transparenz verpflichtet und das Personal durch die öffentlich-rechtlichen Arbeitsbedingungen geschützt.

Die Aktiengesellschaft ist dagegen dafür geschaffen, sich möglichst flexibel und frei am Markt zu bewegen. Hier steht die unternehmerische Freiheit von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung im Vordergrund. Gegenüber der

Öffentlichkeit, ja teilweise sogar gegenüber den Aktionären, gilt das Geschäftsgeheimnis und nicht die Pflicht zur Transparenz und zur Information. Auch wenn die AG vollumfänglich im Eigentum der öffentlichen Hand bleiben würde und entsprechend ausgestaltet wäre – was bei dieser Vorlage eben gerade nicht der Fall ist – ist die demokratische Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger erheblich vermindert.

Hinderliche Mitsprache der Bevölkerung

Das Spitalmanagement und der Verwaltungsrat des Spitals Uster begründen das Bedürfnis nach vermehrter unternehmerischer Flexibilität mit dem seit Einführung der neuen Spitalfinanzierung erhöhten Wettbewerbsdruck zwischen den Spitälern. Aus ihrer Sicht ist demokratische Mitsprache hinderlich, denn sie bedeutet eine Einschränkung ihrer unternehmerischen Freiheit. Tatsächlich hat die 2012 eingeführte Vergütung der Spitalleistungen über Fallkostenpauschalen (DRG) die Konkurrenz unter den Spitälern verschärft. Die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich setzt die «Baserate», d. h. die Vergütung pro «Fall», jeweils eher tief fest und erhöht den wirtschaftlichen Druck dadurch zusätzlich. Zudem werden Investitionen nicht mehr vom Kanton subventioniert, sondern müssen von den Spitälern erwirtschaftet werden. Vor diesem Hintergrund hat sich ein eigentliches Wettrennen zwischen den Spitälern entwickelt. Sie versuchen, sich mit Neubauten und modernstem technischen Gerät zu positionieren und müssen anschliessend ihre Investitionen amortisieren,

was nur mit einer Ausweitung der Fallzahlen sowie lukrativen Leistungsaufträgen gelingt. Es liegt auf der Hand, dass eine solche Wachstumsstrategie auf die Dauer nicht gut gehen kann. Weil am besten beim Personal gespart werden kann, ist der Druck auf dieses bereits stark gestiegen. Hinweise, dass unsere Spitalversorgung durch diesen Wettbewerbsdruck billiger oder besser geworden wäre, gibt es keine – im Gegenteil.

Ein Spital für die Bedürfnisse der Menschen

Es stellt sich die Frage: Möchten wir dem Verwaltungsrat und dem Spitalmanagement nun tatsächlich alle Freiheiten gewähren, um sich in diesem wettbewerbsgetriebenen Wachstumsmarkt nach Gutdünken zu bewegen? Nein, denn wir möchten ein Spital, das sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Patientinnen und Patienten ausrichtet und nicht primär seine Kosten optimiert. Wir möchten ein Spital, das sich nicht nur um die rentablen Fachgebiete bemüht, sondern sich auch um chronisch kranke, psychosozial angeschlagene und sterbende Patientinnen und Patienten kümmert. Ein Spital, das sich konsequent am Service Public ausrichtet, und nicht primär auf den eigenen Profit aus ist. Dafür muss das Spital Uster in einer Rechtsform betrieben werden, auf die wir als Gesellschaft Einfluss nehmen können. Wenn das Spital zur AG wird, ist dies nicht mehr gewährleistet.

Deshalb am 8. März: 2x Nein zur Umwandlung des Spitals Uster in eine Aktiengesellschaft.

Abstimmungen vom 8. März: 2x NEIN zur Umwandlung des Spitals Uster in eine Aktiengesellschaft

Die Pro-Argumente im Faktencheck: Nicht überzeugend

Behauptung: Die AG ist die geeignete Rechtsform.

Fakt ist: Nicht für ein regionales Spital, das Grundversorgung anbieten soll. Für diese Aufgabe benötigen wir eine Trägerschaft, auf die wir als Gesellschaft Einfluss nehmen können. Leider hatten Verwaltungsrat und Geschäftsleitung bereits zum Vornherein die AG vor Augen. Andere, für die Erbringung von öffentlichen Aufgaben geeignetere Rechtsformen, wie beispielsweise die interkommunale Anstalt, wurden für das Spital Uster nicht ernsthaft geprüft.

Behauptung: Die Gemeinden bleiben Aktionäre.

Fakt ist: Die Aktien der neuen AG müssen nur während fünf Jahren bei den Gemeinden bleiben. Nach dieser kurzen Sperrfrist dürfen bis zu 49 Prozent der Aktien an private Investoren verkauft werden. Sollten solche Mehrheitsverhältnisse eintreten, wäre der Einfluss der Gemeinden und damit der öffentlichen Hand eine Illusion. Wir wissen zur Genüge, dass professionelle Aktionäre eine AG auch mit weniger als 49 Prozent-Mehrheit vollumfänglich kontrollieren können. Dies gilt umso mehr, als bei einer all-

fälligen Spital Uster AG die knappe Aktienmehrheit durch mehrere Gemeinden gehalten würde, welche möglicherweise an der Generalversammlung verschiedene Meinungen vertreten würden oder gar nicht anwesend wären (siehe rechts unten «Blick in die Zukunft: Wie Uster sein Spital verlor»).

Behauptung: Die Gemeinden können als Aktionäre Einfluss nehmen.

Fakt ist: Sogar wenn die Aktien zu 100 Prozent im Eigentum der Gemeinden bleiben würden, wären deren Rechte als Aktionäre sehr beschränkt. Sie bestehen im Wesentlichen darin, die Statuten der AG festzulegen, den Verwaltungsrat zu wählen und die Jahresrechnung zu genehmigen. Über wichtige Entscheide wie z.B. die Zusammenlegung des Spitals Uster mit dem Spital Wetzikon oder den Bau einer neuen Rehabilitationsklinik könnte der Verwaltungsrat alleine entscheiden. Es wäre möglich gewesen, in der interkommunalen Vereinbarung zusätzliche Rechte für Urne oder Parlament vorzusehen. Auf eine solche Stärkung der demokratischen Mitsprache wurde jedoch verzichtet. Zudem besteht ein erheblicher Rollenkonflikt bei der Wahrnehmung der Aktionärsrechte durch die Gemeindeexekutiven: In der Gemeinde Uster würde der Gesamtstadtrat die Aktionärsrechte ausüben und müsste dabei den Stadtratskollegen, der Einsitz im Verwaltungsrat nimmt, beaufsichtigen. Da den übrigen Stadtratsmitgliedern oft Zeit und Fachkenntnis fehlt, um sich mit

Geschäftsgang und strategischer Ausrichtung der AG zu befassen, können sie diese Rolle nur sehr beschränkt wahrnehmen. An der GV werden in dieser Konstellation deshalb in der Regel die Entscheide des Verwaltungsrates unterstützt. Sie wird zum formalen Akt.

Behauptung: Die interkommunale Vereinbarung regelt das Wichtigste.

Fakt ist: Es ist richtig, dass die interkommunale Vereinbarung, über die wir abstimmen werden, die Grundsätze der Zusammenarbeit und den Zweck der Gesellschaft regelt. Allerdings ist der Zweck derart weit gefasst, dass praktisch sämtliche Dienstleistungen im Gesundheitswesen darunter fallen würden. Zudem können private Dritte, die sich zukünftig an der Gesellschaft beteiligen möchten, dieser Vereinbarung nicht beitreten und wären deshalb nicht an diese gebunden.

Behauptung: Die AG stellt die Gemeinnützigkeit sicher.

Fakt ist: Eine AG bleibt eine AG. Sie ist auf die Erfüllung eines wirtschaftlichen Zweckes ausgerichtet. Der Begriff Gemeinnützigkeit wird zwar in der Bezeichnung der neuen AG und in den Gründungsdokumenten häufig verwendet. Dort wird aber nicht umschrieben, was damit gemeint ist. Der Begriff Gemeinnützigkeit bleibt eine leere Worthülse, zumal er auch im Aktienrecht nicht vorkommt. Mit Ausnahme der beabsichtigten Steuerbefreiung hat die Bezeichnung

Die Vorlage im Überblick

Das Spital Uster wird heute in der Form eines Zweckverbandes der beteiligten Gemeinden geführt. Mit der Vorlage vom 8. März 2015 soll dieser rückwirkend auf den 1. Januar 2015 in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Die Gemeinden, die sich als Aktionäre daran beteiligen wollen, stimmen gleichzeitig über eine interkommunale Vereinbarung ab, mit der die Grundsätze der Gesellschaft und des Zusammenwirkens der Gemeinden geregelt werden. In der interkommunalen Vereinbarung werden zum Beispiel der Zweck der Gesellschaft, die Beteiligung durch Private sowie die Beschränkung der Dividendenausschüttung auf eine angemessene Verzinsung festgehalten. Die weitere Struktur und Organisation der Gesellschaft sowie die Koordination der Ausübung der Aktionärsrechte würde in den Statuten und im Aktionärsbindungsvertrag festgelegt werden. Über diese würden die zukünftigen Aktionäre, also die Gemeindeexekutiven, entscheiden. Diese Dokumente sind somit nicht Gegenstand der Abstimmungsvorlage.

*Der Spital Uster plant zusammen mit der Höhenklinik Wald in Uster den Bau einer neuen Rehabilitationsklinik. Bei einer Privatisierung hätte die Bevölkerung zu diesem Projekt nichts mehr zu sagen.
(Quelle Foto: Spital Uster)*





*Das Gesundheitswesen muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren.
Und nicht an den Profitwünschen von Spekulanten.*

keinerlei Konsequenzen für die zukünftige Ausrichtung der Aktiengesellschaft.

Behauptung: Die AG strebt nicht primär Profit an.

Fakt ist: Diese Aussage gilt zwar für die beteiligten Gemeinden: Gemäss Art. 9 der interkommunalen Vereinbarung darf ein allfälliger Gewinn nur beschränkt an die Aktionäre ausgeschüttet werden. Private, die sich an der AG beteiligen möchten, können der interkommunalen Vereinbarung aber nicht beitreten und können so ganz dem Prinzip des «Shareholder Values» folgend versuchen, das Spital Uster auf möglichst hohen Profit zu trimmen.

Behauptung: Die Gemeinden bestimmen über die Eigentümerstrategie mit.

Fakt ist: Der Begriff Eigentümerstrategie wird zwar in der interkommunalen Vereinbarung verwendet. Eine solche wäre eigentlich auch unabdingbar, würden wir doch der neuen AG immerhin unser Spital und unser Steuergeld überlassen. Allerdings: Eine Eigentümerstrategie, welche diese Bezeichnung verdient, ist nicht vorhanden. Der interkommunalen Vereinbarung lässt sich mitnichten entnehmen, wie sich das Spital Uster zukünftig positionieren will und wohin es sich entwickeln soll. Einmal mehr: Mit einem Ja zur Umwandlung in eine Aktiengesellschaft würden wir dem Verwaltungsrat und der Spitalleitung sämtliche unternehmerische Freiheiten zugestehen ohne Kontrolle, wohin sich unser Spital entwickeln soll und wofür unser Steuergeld verwendet würde.

Behauptung: Eine AG reduziert das Risiko für die Gemeinden.

Fakt ist: Gemäss Lehrbuch haften die Aktionäre in der Tat nur mit ihrem Aktienkapital. Nur: Die Gesundheitsversorgung ist eine öffentliche Aufgabe, für deren Erfüllung das Gemeinwesen verantwortlich bleibt, auch wenn die Aufgabe an Dritte übertragen wird. Die Vorstellung, die Gemeinden könnten die Spital Uster AG Konkurs gehen lassen und sich nicht mehr um die Gesundheitsversorgung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner oder um die Folgen für das entlassene Personal kümmern, ist eine Illusion.

Behauptung: Für die Angestellten ändert sich nichts.

Fakt ist: Das stimmt nicht! Auch wenn die jetzigen Löhne in einem ersten Schritt unverändert übernommen werden, nehmen die Rechte der Arbeitnehmenden durch die Umwandlung in eine AG ab, da die Arbeitsverhältnisse dem Privatrecht unterstellt wären: Es verschlechtert sich der Rechts- und Kündigungsschutz des Personals. Längerfristig wird auch der Druck auf die Löhne, insbesondere der weniger gut qualifizierten Berufsgruppen zunehmen, weil sie den grössten Kostenanteil ausmachen. Diejenigen, die das als erste merken, sind die Patientinnen und Patienten. Diesen fehlt leider in der Politik eine hörbare Stimme.

*Zusammenstellung:
Kathrin Agosti und Christoph Daeniker*

Blick in die Zukunft: Wie Uster sein Spital verlor

Gemäss der interkommunalen Vereinbarung dürfen die Gemeinden bereits ab 2021 49% ihrer Aktien an private Investoren verkaufen. So soll den Gemeinden ermöglicht werden, privates Aktienkapital zu beschaffen, ohne aber beim Spital das letzte Wort zu verlieren. Fälschlicherweise wird davon ausgegangen, dass 51% Prozent der Aktien automatisch eine Mehrheit der Stimmen an der Generalversammlung bedeuten würde. Dass dies nicht der Fall ist, zeigt das folgende hypothetische Beispiel.

Im Jahr 2025 schlägt der Verwaltungsrat der Spital Uster AG der Aktionärsversammlung die Fusion mit dem Spital Wetzikon vor. Der harte Wettbewerb im Gesundheitswesen lasse keine zwei Standorte mehr zu. Als neuer Standort wird

Wetzikon bestimmt, mit einem Erneuerungsbau seien dort die erforderlichen Kapazitäten geschaffen worden. In Uster lasse sich hingegen neben der neuen Rehabilitationsklinik ein Spital nicht mehr wirtschaftlich führen.

Mittlerweile haben alle Gemeinden des ehemaligen Zweckverbandes einen grossen Teil ihrer Aktien an Private veräussert, da sie nach der wirtschaftlichen Flaute der letzten Jahre auf Geld angewiesen waren. Somit sind beinahe 50% der Aktien in privaten Händen und das damit zusammenhängende Stimmrecht ausserhalb jeder demokratischer Kontrolle.

Während der Abstimmung an der Aktionärsversammlung kommt es zu folgender folgenschwerer Konstellation: Die Stadt Uster will auf jeden Fall

einen Wegzug verhindern, würde dieser doch der Verlust von mehreren hundert Arbeitsplätzen und ein Abbau der medizinischen Grundversorgung bedeuten. Die Gemeinden A, B und C sind jedoch unschlüssig oder gar für den Vorschlag, sie sehen die Möglichkeit schnelles Geld zu machen. Für Gemeinde D ist der genaue Ort des Spitals irrelevant, weshalb sie der Vorlage zustimmt. Die privaten Investoren kümmert die medizinische Spitalversorgung der Stadt Uster nicht, sie machen das, was der Markt verlangt. Deshalb stimmen sie einer Zusammenlegung in jedem Fall zu. Und weil sich die Gemeinden uneins sind, erreichen die profitorientierten Investoren trotz ihrer Minderheitsposition eine knappe Mehrheit für den Vorschlag – und Uster verliert sein Spital. (chd)

Aktuelles aus dem Gemeinderat: Erfolgreiche Budgetsitzung

Neue Parlaments-Mehrheiten für Eltern und Kinder genutzt

Die Gemeinderatswahlen brachten 2014 nur wenige Verschiebungen im Ustermer Parlament – aber entscheidende: Die beiden bürgerlichen Fraktionen von SVP/EDU und FDP haben zum erstenmal seit langer Zeit keine eigene Mehrheit mehr. Und auch wenn SP und Grüne zusammen noch weiter von einer eigenen Mehrheit entfernt sind, ergibt die neue Zusammensetzung doch mehr Spielraum: Gelingt es, sich mit den Mitte-Parteien zu einigen, sind Erfolge möglich. Dies zeigte sich etwa an der Budgetsitzung letzten Dezember.



Dank den Gemeinderatswahlen 2014 sind im Ustermer Parlament neue Mehrheiten möglich. Die SP-Fraktion will diese nutzen.

Von Markus Wanner,
Präsident SP-Gemeinderatsfraktion

Der Stadtrat hatte dem Gemeinderat im Herbst ein Budget 2015 zukommen lassen, in dem er klammheimlich und mit der Rasenmäher-Methode die Positionen um 2 bis 3 Prozent gekürzt hatte. Besonders ärgerlich dabei: Eine ganze Reihe von Anliegen für Kinder und Eltern wurden zurückgefahren oder ganz aus dem Budget gekippt. So etwa der Beitrag für das Spielmobil, Gelder für Spielplätze oder die Finanzierung des Elternbriefes der Pro Juventute. Solche Kürzungen wollte die SP-Fraktion nicht hinnehmen und hat deshalb frühzeitig den Austausch mit den Grünen und der Mitte-Fraktion (GLP/EVP/BDP/CVP) gesucht. Gemeinsam analysierten wir die Kürzungen und diskutierten, welche davon wir nicht akzeptieren können. Der Austausch war intensiv, aber er lohnte sich, wie

sich dann an der Budgetsitzung zeigen sollte. Dank der Verständigung mit der Mitte konnten wir beispielsweise den Jahresbeitrag von 60'000 Franken für das Spielmobil wieder ins Budget einstellen. Die vom Stadtrat beantragte Streichung hatte in der Bevölkerung heftigen Protest ausgelöst: Eine Petition dagegen erhielt innert kürzester Zeit 1'500 Unterschriften. Dank der Allianz kann nun das Spielmobil, welches in den Quartieren Spielaktionen organisiert, auch 2015 weitergeführt werden. Ebenfalls wieder ins Budget aufgenommen wurden die Kosten für den Versand des Pro Juventute-Elternbriefes und mehr Geld für Spielplätze. Der grösste Budgetposten ging an die Primarschule: Mit 17:16-Stimmen wurde eine Erhöhung des Kredits für Daz-Stunden (Deutsch als Zweitsprache) um 310'000 Franken beschlossen. Diese Stunden sind für die erfolgreiche Integration von Kindern

und Jugendlichen anderer Muttersprachen von eminenter Bedeutung. Der Ausbau war denn auch ein wichtiger Punkt unseres Legislaturprogramms.

Das Beispiel der Budgetsitzung zeigt, was mit den neuen Mehrheitsverhältnissen im Gemeinderat möglich ist: Wenn die SP mit Grünen und der Mitte-Fraktion frühzeitig das Gespräch sucht, mit ihnen gemeinsam diskutiert, und auch bereit ist, da oder dort Kompromisse einzugehen, sind andere Mehrheiten möglich. Dies zeigt auch die erfolgreiche Absprache in der Zentrumsplanung (siehe dazu Artikel Seite 7). Klar ist aber auch: Nicht bei allen Themen wird das möglich sein, wird es auch Niederlagen geben. Aber die neuen Mehrheitsverhältnisse sorgen dafür, dass der Bürgerblock nicht einfach alles abblocken kann. Für eine spannende Legislatur ist also gesorgt.

Neue SP-Gemeinderatsmitglieder

spu. Etwas früher als geplant gibt es in der SP-Gemeinderatsfraktion zwei personelle Wechsel: Per Ende September 2014 hatte Seyhan Kâhya seinen Rücktritt aus dem Parlament erklärt. Und per Ende April 2015 scheidet Julia Amherd aus dem Gemeinderat aus.

Julia Amherd war bei den Wahlen 2006 in den Gemeinderat gewählt worden und gehörte der Kommission Soziales und Gesundheit an, welche sie zwischen 2010 und 2014 auch präsidierte.

Seyhan Kâhya wiederum war 2012

als Ersatz in den Gemeinderat nachgerückt und gehörte der Kommission Planung und Bau an. Die SP-Gemeinderatsfraktion und der Vorstand der SP Uster danken Seyhan Kâhya und Julia Amherd für ihre Arbeit im Gemeinderat ganz herzlich.

Als Nachfolgerin für Seyhan Kâhya ist im Oktober 2014 Karin Niedermann neu in den Gemeinderat eingetreten. Karin Niedermann ist 50 Jahre alt und wohnt im Rehbühl-Quartier. Sie ist Physiotherapeutin und als Dozentin an der Zürcher



Karin Niedermann

Hochschule für angewandte Wissenschaften tätig.

Anfang Mai tritt schliesslich Ali Özcan die Nachfolge von Julia Amherd im Ustermer Parlament an. Ali



Ali Özcan

Özcan ist 41 Jahre alt und wohnt in Oberuster. Er ist Logistiker HF, Mitglied des Elternrates Oberuster-Sulzbach und Aktuar im Trägerverein der Diyanet-Moschee Uster.

Aktuelles aus dem Gemeinderat: Wichtige Entscheide bei der Zentrumsplanung stehen an

Das Zentrum aktiv und gemeinsam gestalten

Seit Jahren steht die Zentrumsentwicklung im Fokus der Politik. Es ist letztlich den Forderungen der SP Uster zu verdanken, dass der Stadtrat im 2011 mit der Testplanung Zentrumsentwicklung den eigentlichen Startschuss gegeben hat. Dabei wurden die Potenziale im Zentrum untersucht und aufgezeigt, wie das heutige Flickwerk zu einen grossen Ganzen zusammengeführt werden kann. Nun stehen in naher Zukunft wichtige Entscheide an.

Von Balthasar Thalmann, SP-Gemeinderat

Nach einer langen, intensiven Diskussion waren sich 2011 alle politischen Kräfte einig, dass das Zentrum verändert werden und das neue Kulturzentrum auf dem Zeughausareal gebaut werden muss. Die ganze Idee der Zentrumsentwicklung funktioniert aber nur dann, wenn das neue Kulturzentrum auch zeitnah gebaut wird. Hinter vorgehaltener Hand hört man nun allerdings, dass hierfür bis auf weiteres kein Geld zur Verfügung stehe. Der Stadtrat hat sich bislang auch geweigert, gegenüber dem Gemeinderat darzulegen, von wem und wie das neue Kulturzentrum gebaut und betrieben werden soll. Das sind Alarmzeichen und zeigen, dass das neue Kulturzentrum noch längst nicht gesichert ist.

Inzwischen liegt der Entwurf des privaten Gestaltungsplans Zeughausareal vor. Dieser sieht auf der westlichen Hälfte (Teil armasuisse) vor allem Wohnnutzungen und im östlichen, städtischen Teil öffentliche Nutzungen vor. Die SP fordert seit jeher, dass auf dem Zeughausareal nur gemeinnütziger Wohnraum geschaffen werden darf. Das Zeughausareal eignet sich geradezu ideal für innovative Wohnkonzepte. Weiter fordert die SP, dass der Gestaltungsplan erst dann zur Beschlussfassung unterbreitet wird, wenn Bau und Betrieb des neuen Kulturzentrums gesichert sind.

Keine Planung im Einzelsprung

Ebenfalls öffentlich aufgelegt war im letzten Jahr der private Gestaltungsplan Am Stadtpark. Dieser umfasst aber lediglich das ehemalige Swiscom-Gebäude neben dem Stadthofsaal. Dort sind rund 50 Meter hohe Wohntürme und im Erdgeschoss Läden vorgesehen. Was in der Nachbarschaft geschehen soll, wird entgegen dem bisherigen politischen Willen ausgeblendet. Das Gebiet zwischen Landihalle und Brunnen-



Über die Zukunft des Zeughausareals und des Zentrums wird seit vielen Jahren diskutiert. Nun stehen in naher Zukunft wichtige Entscheide an.

kreisel ist aber gemeinsam zu beplanen. Und für uns selbstverständlich ist, dass auch hier ein grosser Teil gemeinnütziger Wohnraum realisiert wird.

Zwischenzeitlich abgeschlossen ist ein städtebaulicher Studienauftrag für das Areal des Bezirksgebäudes. Für die SP ist klar, dass beim neuen Bezirksgebäude in den Erdgeschossen im Zusammenspiel mit dem geplanten grossen Platz öffentliche Nutzungen wie Verkauf, Restaurants oder vielleicht auch das neue Familienzentrum vorzusehen sind. Weiter muss möglichst viel Platz für Dienstleistungen geschaffen werden. Weshalb also nicht das Verwaltungsgerecht nach Uster holen? SP-Kantonsrat Stefan Feldmann hat diesbezüglich beim Regierungsrat eine Anfrage deponiert. Und beim Wohnen kommen wir auch hier nicht um einen substanziellen Anteil für gemeinnützige Wohnbauträger herum.

Das grosse Ganze im Dialog entwickeln

Uster erhält in seiner Mitte nur dann ein neues Gesicht, wenn es gelingt, aus dem aktuellen

Flickwerk ein neues grosses Ganzes zu machen. Das heisst aber nichts anderes, als dass die öffentliche Hand eine starke Rolle einnehmen und die öffentlichen Interessen klar definieren muss. Im Einzelfall mag dies nicht jedem Eigentümer gefallen, langfristig gedacht führt aber kein Weg daran vorbei. Die SP hat Zweifel, dass der Stadtrat dieser Verantwortung genügend nachkommt und hat deshalb sehr früh, das Gespräch mit anderen Gemeinderatsfraktionen gesucht. Mit Erfolg: Eine Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder hat sich im Dezember 2014 darauf verständigt, dass man für die Areale Zeughaus und Gerichtsgebäude nur öffentliche Gestaltungspläne akzeptieren will. Mit an Bord sind neben der SP und den Grünen auch GLP, EVP, BDP und die BPU. Der Stadtrat reagierte erstaunt – auch wenn es bei der Forderung zumindest seitens der SP nur um eine Bekräftigung der bisherigen Position handelte.

Wir sind und bleiben überzeugt: Eine erfolgreiche Zentrumsentwicklung erfordert einen Dialog und eine viel stärkere Berücksichtigung der öffentlichen Interessen. Dafür stehen wir ein.

250 Nummern FORUM: Ein

Das Jahr 1975: Die USA erholen sich nur langsam vom Watergate-Skandal. In Spanien stirbt mit Franco der letzte faschistische Diktator. Die Schädlichkeit von Treibhausgasen für die Ozonschicht wird entdeckt. Die Filme «Taxi Driver» und «Einer flog übers Kuckucksnest» kommen ins Kino. Helmut Hubacher wird Präsident der Sozialdemokratischen Partei Schweiz. Und in Uster wird das FORUM gegründet. Die kleine Zeitung der SP Uster kann also mit dieser Nummer – es ist passenderweise die 250. – auf 40 Jahre Geschichte zurückblicken. Stefan Feldmann hat ein wenig im Archiv geblättert.



1975 Die allererste Nummer des FORUM vom März 1975. Zu einer Zeit, als die lokale Presse (konkret: der «Anzeiger von Uster») die Sozialdemokratie als fünfte Kolonne Moskaus verteufelte, Medienmitteilungen der SP Uster durch Kürzungen ins Gegenteil verdrehte und konsequent den Abdruck von Leserbriefen und Richtigstellungen aus sozialdemokratischen Kreisen verweigerte, gründete die SP Uster im März 1975 ihr eigenes Mitteilungsblatt. Noch kommt das Layout «handglismet» daher, sind die Blätter mit Bostich zusammengeheftet und kleine Fehler – Seite 4 etwa steht auf dem Kopf – werden grosszügig übersehen.

1979 Ab Januar 1979 erscheint das FORUM zweisprachig: Neben der SP Uster fungiert auch die Colonia Libera Italiana als Herausgeberin des FORUM. SPU und CLI gehen 32 Jahre «Mitenand – Insieme», ein kleines Zeichen der gelebten internationalen Solidarität, welche zu den Grundwerten der Sozialdemokratie gehört.



1982 Blättert man im Archiv, so fällt auf, dass bestimmte Themen immer wiederkehren. Etwas das Thema Sparen in der Schule oder bei den Kindern. Wer wird angesichts dieser Schlagzeile vom Februar 1982 nicht unweigerlich an die kürzliche Diskussion rund um die Streichung der finanziellen Beiträge an das Spielmobil erinnert?

1984 Eine grössere Änderung gibt es im Dezember 1984: Erstmals erscheint das FORUM statt im Tabloid-Format im grossen Zeitungsformat. Trotz neuem Format ist aber weiterhin viel Handarbeit gefragt, denn die Herstellung bleibt gleich: Die einzelnen Artikel werden ausgedruckt und dann per Hand auf die Druckvorlage geklebt. Bilder werden mit Grössenangaben versehen und erst in der Druckerei eingefügt.



1977 Doch das Erscheinungsbild wird schnell professioneller, auch dank eines neuen Logos im Zeitungskopf. Aufmacher dieser Nummer vom März 1977 ist die Frage einer Zusammenführung von Politischer Gemeinde und Oberstufenschulgemeinde – eine Diskussion, die ja bekanntlich auch heute noch geführt wird.



kurzer Rückblick auf 40 Jahre



1987 Die SP Uster und das FORUM sind in der politischen Diskussion ihrer Zeit oft weit voraus: Im Oktober 1987 setzt sie sich mit der Forderung nach einer Tagesschule für Uster auseinander. Damals natürlich vergeblich. Nun, 28 Jahre später, scheint es aber auch in Uster mit einer Tagesschule endlich doch noch zu klappen.

1994 Einen Riesenschritt macht das FORUM im Juni 1994: Erstmals wird nicht mehr geschnipselt und geklebt, die Druckvorlage für diese Ausgabe über die Kultur in Uster wird am Computer im Ganzseiten-Layout erstellt. Einher geht damit ein erneuter Format-Wechsel zurück zum handlichen Tabloid-Format. Layout und Aufbau haben sich seither nur noch marginal verändert.



2000 Immer wieder viel Zeit wird auf die Herstellung schöner Titelbilder verwendet. Hier das Beispiel eines besonders aufwendig gestalteten Titelbildes vom Februar 2000 mit den Quartierwappen der Stadt Uster. Thema war – einmal mehr oder noch immer – die Frage einer Bildung einer Einheitsgemeinde.

1999 Im Oktober 1999 erscheint die 200. FORUM-Nummer. Die Redaktion lässt sich dazu etwas besonderes einfallen: Eine sechsseitige Fotoreportage «Skandal am Greifensee», die für viele Lacher – und ein paar böse Briefe – sorgt. Wer die Fotoreportage nachlesen will, kann dies auf der Homepage der SP Uster (www.sp-uster.ch) tun: Unter FORUM findet sich im Archiv auch ein PDF der besagten Jubiläums-Nummer.



2008 Die SP Uster nutzt das FORUM immer wieder auch dazu, die Bevölkerung über die Arbeit der SP-VertreterInnen in den verschiedenen politischen Behörden zu informieren. In dieser Ausgabe vom Mai 2008 zieht sie etwa eine Halbzeitbilanz der Legislatur 2006 bis 2010.



Wahlen vom 12. April: Mario Fehr (bisher) wieder in den Regierungsrat

Für einen sicheren und sozialen Kanton Zürich – auch in Zukunft

Seit vier Jahren bin ich als Sicherheitsdirektor verantwortlich für eine zentrale staatliche Aufgabe: die Sicherheit. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit, keine Prosperität, kein friedliches Zusammenleben. Dabei sind öffentliche und soziale Sicherheit zwei Seiten derselben Medaille. Die hohe soziale und öffentliche Sicherheit in unserem Kanton ist eine Errungenschaft, die ich auch in den nächsten vier Jahren erhalten will.

Von Mario Fehr, Regierungsrat, Zürich

Bei der öffentlichen Sicherheit stellen uns vor allem zwei Entwicklungen vor Herausforderungen. Erstens nimmt die Wohnbevölkerung im Kanton Zürich auf Grund der nach wie vor sehr guten wirtschaftlichen Situation weiter zu. Zweitens lässt die sogenannte «24-Stunden-Gesellschaft» das öffentliche Leben nie mehr richtig zur Ruhe kommen.

Was die Polizeiarbeit anbetrifft, gibt es zur Bewältigung dieser Herausforderungen nur ein Rezept: eine bürgernahe Polizei. Nur eine bürgernahe Polizei spürt neue Problemlagen, nur eine bürgernahe Polizei kann früh- oder sogar vorzeitig intervenieren. Der Regierungsrat hat darum – unterstützt vom Kantonsrat – die personellen und technischen Mittel dafür bereitgestellt. Das Resultat kann sich mehr als nur sehen lassen: 90 Prozent der Zürcher Gemeinden sind mit der Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei sehr zufrieden. Und: die Kriminalität ist im Kanton auf dem tiefsten Stand seit 20 Jahren. Die Basis dafür bildet der Aufwuchs der Kantonspolizei auf den seit über 20 Jahren versprochenen, aber nie erreichten Sollbestand. Im Januar 2015 ist er erreicht.

Soziale Sicherheit ist wichtig

Auf Seiten der sozialen Sicherheit ist eines klar: Nur ein Staat, der jede und jedem garantiert, dass er auch bei sehr viel Pech im Leben nicht sozial und ökonomisch ins Bodenlose stürzt, ist ein sozialer Staat. Die letzte Garantie für diese Sicherheit ist die Sozialhilfe. Als wichtige Errungenschaft wird sie in der ganzen Schweiz nach den Richtlinien der schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) ausgestaltet. Es dient der Rechtsgleichheit, wenn sie gesamtschweizerisch nach einem einheitlichen Massstab bemessen und ausgestaltet wird. Überdies verhindert dies auch einen unerwünschten «Sozialhilfetouris-



Mario Fehr

ist 1958 in Zürich geboren und in Adliswil aufgewachsen. Er hat an der Uni Zürich Rechtswissenschaften studiert und war von 1992 bis 2008 Berufsschullehrer. Von 1994 bis 2010 war er Stadtrat in Adliswil, von 1991 bis 2000 Kantonsrat und von 2000 bis 2005 Verfassungsrat. Von 1999 bis 2011 war er Mitglied des Nationalrats. Bei den Wahlen von 2011 wurde er mit dem besten Resultat in den Regierungsrat gewählt und ist seither Vorsteher der Sicherheitsdirektion. Er lebt in Zürich.

mus». Der SKOS gehören alle Kantone, das Fürstentum Liechtenstein, verschiedene Bunde-sämter, Städte und Gemeinden sowie private Organisationen an, und die Konferenz der Kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) empfiehlt allen Kantonen, die SKOS-Richtlinien anzuwenden. In den letzten Jahren wurden die SKOS-Richtlinien immer wieder öffentlich in Frage gestellt, im Kantonsrat wurden zahlreiche Vorstösse ein-

gereicht mit dem Ziel, dieses wichtige Instrument zu schwächen oder gar abzuschaffen. Der Kanton Zürich nimmt in Geschäftsleitung, Vorstand und in weiteren Gremien der SKOS aktiv auf die Überarbeitung und Weiterentwicklung der Richtlinien Einfluss. Es braucht eine Reform der SKOS, aber der Kanton Zürich soll sie mitgestalten. Eine Insellösung des Kantons Zürich durch die Abkehr von den SKOS-Richtlinien würde von anderen Kantonen als Ausdruck mangelnder Solidarität gewertet. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die SKOS-Richtlinien von der SODK formell beschlossen werden und damit besser politisch abgestützt sind. Mit einer aktiven Einflussnahme auf die Entwicklung von Richtlinien, die gesamtschweizerisch das Ziel einer Rückkehr der Sozialhilfe beziehenden Personen in die wirtschaftliche Selbständigkeit verfolgen, ist dem Kanton Zürich mehr gedient als mit einem Alleingang. Dafür setze ich mich ein.

Wahlen vom 12. April: Jacqueline Fehr (neu) in den Regierungsrat

Zürich kann mehr: Wenn sich Escher und Pestalozzi die Hand geben

Zürich hat eine lange Tradition als Pionierkanton. Hier erstritten sich Demokraten in Stadt und Land ein modernes Gemeinwesen. Zürich war Vorreiter beim Aufbau der Volksschule nach den Prinzipien von Johann Heinrich Pestalozzi. Von hier aus wirkte Alfred Escher und brachte der Schweiz die Eisenbahn und die ETH. An diesen Pioniergeist sollten wir wieder anschliessen.

Von Jacqueline Fehr, Nationalrätin, Winterthur

Den Errungenschaften und Leistungen der Vergangenheit wollen wir Sorge tragen. Gleichzeitig wollen wir das Potenzial des Kantons Zürich weiterentwickeln. Nicht Kleingeist und Engstirnigkeit, sondern Offenheit und Mut sollen unsere Zukunft prägen. Wir haben die besten Karten für die Zukunft, gerade auch in den Zukunftsthemen Bildung, Forschung und Wohnen. Zeigen wir: Zürich kann mehr!

Bildung und Forschung stärken

Bildung umfasst Kopf, Herz und Hand, so wie es bereits Pestalozzi erkannte. Und Bildung beginnt ab Geburt. Wir wollen, dass alle Kinder in unserem Kanton einen guten Start ins Leben haben. Deshalb setzen wir uns ein für hohe Qualität in Kindertagesstätten und Horten, in Spielgruppen, in der Elternbildung und natürlich für bestmögliche Schulen. Dafür braucht es gute Lehrerinnen und Lehrer. Eine praxisorientierte Lehrerbildung auf der Höhe der Zeit ist die Grundlage, damit wir die besten Schulen für unsere Kinder haben und die Lehrpersonen die Wertschätzung erhalten, die sie verdienen.

Die Schweizer Berufsbildung ist ein ausgezeichneter Bildungsweg für die Mehrheit der Jugendlichen. Sie bietet die Chance, Wissen und Berufskompetenzen zu kombinieren und sorgt dafür, dass sich die Jugendlichen als wertvoll erleben. Dieses Erfolgsmodell wollen wir weiter stärken. Zugleich wollen wir eine gymnasiale Bildung, die mit einem gerechten Zugang und hohen Standards den humanistischen Idealen gerecht wird.

Die ETH schliesslich gehört in der Forschung zur Weltspitze. Auch die Universität und die Fachhochschulen entwickeln wichtige Ideen und Lösungen für den technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt. Darum müssen wir noch stärker in die Grundlagenforschung investieren. Investitionen leisten auch ihren Beitrag dazu, damit wir unsere Probleme in den Griff be-



Jacqueline Fehr

ist 1963 in Wallisellen geboren und in Elgg aufgewachsen. Nach der Matur hat sie sich zur Sekundarlehrerin ausbilden lassen und hat später Psychologie, Betriebswirtschaft und Politikwissenschaften studiert. 1990 wurde sie in den Gemeinderat Winterthur gewählt, 1991 in den Kantonsrat Zürich. 1998 rückte sie in den Nationalrat nach, dem sie auch heute noch angehört. Seit 2008 ist sie Vizepräsidentin der SP Schweiz. Sie lebt in Winterthur.

kommen. Neue Werkstoffe und effizientere Systeme tragen dazu bei, dass wir das Klima weniger belasten. Städteforschung hilft uns zu erkennen, wie wir die Raumentwicklung lenken können. Kluge Forschungspolitik ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Kombination von Wohlstand, Lebensqualität und Schutz der Ressourcen.

Gemeinsam Verantwortung für alle tragen

Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft ist auch die Frage, wie wir inskünftig zusammenleben. Wie können in beschränktem Siedlungsgebiet allen bezahlbaren und guten Wohnraum ermöglichen? Wie lösen wir dabei gemeinsam und vor Ort Aufgaben wie die Kinder- oder Altersbetreuung? Mit welchen Materialien bauen wir, damit es uns wohl ist und wir den Ressourcenverbrauch reduzieren? Genossenschaften, Architektinnen und Raumplaner, Hochschulen und Baugewerbe leisten hier Pio-

nierarbeit. Der Kanton Zürich soll optimale Rahmenbedingungen für Siedlungsmodelle und Wohnformen schaffen, die in einer sich verändernden Welt eine Heimat schaffen.

Die Regierung des Kantons Zürich kann einen entscheidenden Beitrag leisten. Sie kann einen Geist mitprägen, bei dem sich Pestalozzi und Escher die Hand geben: eine Verbindung der Würde des Menschen und der Verantwortung für das Wohl aller mit dem der Innovationskraft und dem Unternehmertum. Dazu möchte ich als Regierungsrätin einen Beitrag leisten.

Wahlen vom 12. April: Stefan Feldmann (bisher) wieder in den Kantonsrat

Der Kanton Zürich braucht mehr Steuergerechtigkeit

Seit den Wahlen 2011 darf ich den Bezirk Uster im Kantonsrat vertreten. Und die parlamentarische Arbeit macht mir sehr viel Freude, auch wenn man als Sozialdemokrat in einem mehrheitlich bürgerlich dominierten Parlament häufig auf der Verliererseite steht. Doch «nöd lug lah gwünnt» und deshalb möchte ich meine parlamentarische Arbeit fortsetzen und kandidiere am 12. April erneut für den Kantonsrat.

Von Stefan Feldmann, Kantonsrat, Uster

Die SP-Fraktion hat mich nach den Wahlen 2011 in die Kommission für Wirtschaft und Abgaben delegiert, welche sich vor allem mit steuerrechtlichen und volkswirtschaftlichen Fragen befasst. Besonders das Feld des Steuerrechts ist bekanntlich seit einigen Jahren ein Feld heftigster Auseinandersetzungen. Dabei wird von bürgerlicher Seite behauptet, die Steuerlast nehme stetig zu. Doch zumindest im Kanton Zürich ist das nicht der Fall, wie der Antwort der Regierung auf eine Anfrage von mir sehr schön zeigt: In den letzten 15 Jahren wurden mehrmals die Steuern gesenkt und einzelne Steuerkategorien sogar ganz abgeschafft, erhöht oder neu eingeführt wurde hingegen keine einzige. Der Steuerausfall schätzt die Regierung für den Kanton Zürich auf 1,25 Milliarden Franken – jährlich notabene!

Nun können Sie sich natürlich fragen, warum Sie davon im eigenen Portemonnaie nichts gemerkt haben. Die Erklärung ist ganz einfach: Von diesen Steuersenkungen haben vor allem die höchsten Einkommen und die grössten Vermögen profitiert. Mit anderen Worten, die Steuerlast wurde zulasten des Mittelstandes und der unteren Einkommen verschoben. Denn sie bezahlen letztlich diese Steuersenkungen mit mehr und unsozialeren Gebühren oder, im schlimmsten Fall, mit dem Wegfall von für sie wichtigen Dienstleistungen. Hier ist eine Umkehr dringend nötig und als Kantonsrat setze ich mich in der zuständigen Kommission und im Parlament für mehr Steuergerechtigkeit ein.

Bildungsstandort Uster stärken

In der vergangenen Legislatur gab der Kanton Zürich grünes Licht für den Bau des neuen Bildungszentrums Uster. Dort werden schon bald Kantonsschule und Berufsfachschule unter einem Dach vereint sein. Als langjähriges Mit-



Stefan Feldmann ist Kantonsrat aus Uster und kandidiert auf der SP-Liste 2 für den Kantonsrat.

glied der Schulkommission der Berufsfachschule Uster (früher Gewerblich-industrielle Berufsschule), bin ich über diesen Entscheid sehr froh. Dass ein Gymi und eine Berufsschule unter einem Dach vereint sind, ist für den Kanton Zürich einzigartig und lässt neue Formen der Kooperation zwischen den verschiedenen Schulen zu. Wir fördern so die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungswegen. Und wer weiss, das Modell lässt sich allenfalls noch weiterdenken: Die Zürcher Hochschulen platzen bekanntlich aus allen Nähten. Vielleicht lässt sich irgendwann einmal auch ein Institut oder eine Forschungseinrichtung von Universität, ETH oder einer Fachhochschule in Uster ansiedeln.

Keine Privatfliegerei in Dübendorf

Grosse Diskussionen wird es in den kommenden Jahren auch um den nicht mehr benötigten Militärflugplatz Dübendorf geben. Der Bund will ihn gegen den Willen von Kanton und Standortgemeinden für die Privatfliegerei öffnen. Gegen 30'000 Starts und Landungen im Jahr sol-

len möglich sein. Mit der Auslagerung der Privatfliegerei nach Dübendorf würde so gewissermassen eine vierte Piste für den Flughafen Kloten entstehen und eine Ausweitung der Anzahl Flugbewegungen möglich machen. Für globalisierte Manager und die High Society ein Traum: Ein eigener kleiner Flughafen vor den Türen Zürichs. Der Bevölkerung bliebe die Nutzung dieses Areals als Naherholungsgebiet weiterhin verwehrt.

Ich habe mich in der grossen Richtplan-Debatte im Frühling 2014 namens der SP gegen diese unsinnigen Pläne gewehrt, doch leider wurde der Antrag, die Piste aus dem Richtplan zu streichen, mit dem Stichtentscheid des Ratspräsidenten abgelehnt. Aber noch ist in dieser Sache glücklicherweise das letzte Wort nicht gesprochen und ich werde mich auch bei den kommenden Diskussionen dafür einsetzen, dass das Gelände sinnvoll genutzt wird. Der Bezirk Uster hat auf dem Flugplatzareal Besseres verdient.

Mehr Informationen: www.stefanfeldmann.ch

Wahlen vom 12. April: Claudia Wyssen (neu) in den Kantonsrat

Kinder lernen fürs Leben

Wenn es um unsere Schulen geht, fühlen sich alle als Fachpersonen, denn letztlich haben alle irgendwann mal eine Schule besucht! Dabei vergessen viele, dass wohl nur wenige Bereiche derart einem starken Wandel und Reformen unterliegen, wie die Bildung. Und keiner ist so wichtig für die Zukunft unserer Gesellschaft. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass wir unser Geld in der Bildungspolitik sinnvoll einsetzen.

Von Claudia Wyssen, Gemeinderätin,
Kantonsratskandidatin, Uster

Die Wirtschaft verlangt immer stärker nach Titeln und Abschlüssen, die Eltern verlangen mehr und mehr Tagesschulen und schulergänzende Betreuungsmöglichkeiten – nur die Kinder sind noch immer Kinder und Schüler. Dabei gilt es, den Spagat meistern zu können, ihnen etwas beizubringen, sie Erfahrungen fürs Leben machen zu lassen und sie trotzdem noch Kinder sein zu lassen. Eine schwierige Aufgabe, derer sich unser Schulsystem stellen muss.

Tagesschulen als Bedürfnis

Was in den letzten Jahren stark zugenommen hat, ist sicher die Erwartung der Erziehungsberechtigten an die schulergänzende Betreuung. Tagesschulen sind immer mehr Wunsch und Bedürfnis zugleich. Die Möglichkeit der Betreuung ist notwendig, sowohl für die Situation, dass beide Elternteile berufstätig sind, als auch für Alleinerziehende. Wichtig ist hierbei, dass die Finanzierung allen Eltern möglich ist. Gerade für finanziell weniger gut gestellte Erziehungsrechte können die schulergänzenden Betreuungsangebote schlicht zu teuer sein. Das Angebot muss folglich für alle nutz- und finanzierbar sein. Denn einerseits fördert die soziale Durchmischung der Kinder in den Tagesstrukturen die sozialen Kompetenzen, andererseits dürfen die Kosten nicht zu einer Zwei-Klassen-Schule führen. Dass das nicht passiert, dafür setzt sich die SP seit vielen Jahren ein.

Lernen mit allen Sinnen

Durch verschiedenste Faktoren wird der Bewegungsradius von Kindern heute immer mehr eingeschränkt. Sie haben aufgrund des zunehmenden Strassenverkehrs und der weitergehenden Verbauung von Freiräumen immer weniger die Möglichkeit, selbstständig auf



Claudia Wyssen ist Gemeinderätin in Uster und kandidiert auf der SP-Liste 2 für den Kantonsrat.

Entdeckungsreisen zu gehen und für sie wichtige Grunderfahrungen zu sammeln.

Gerade deshalb ist es von enormer Bedeutung, dass auch die kreativen, sportlichen und musischen Fächer, wie Werken, Zeichnen, Musik, Turnen und Schwimmen, in der Schule beibehalten werden und auch ein entsprechendes Gewicht erhalten. Hier zu sparen, bedeutet sparen an der geistigen und emotionalen Entwicklung und Kreativität der Kinder. Kinder sollen auch mit der Schule die Natur, den Wald, Kultur und Kunst erleben. Und dies mit all' ihren Sinnen. Kinder sollen in der Schule fürs Leben lernen. Sowohl mit dem Kopf als auch mit den Händen und dem Herz.

Bildungsinvestitionen lohnen sich

Eine Voraussetzung fürs Lernen generell ist das Beherrschen der Sprache. Deshalb ist eine schnelle Integration anderssprachiger Kinder mittels Kursen wie Deutsch als Zweitsprache von

immenser Bedeutung. Es ermöglicht erst das Mitkommen im Unterricht und Teilnehmen an den sozialen Aktivitäten mit anderen Kindern. Die Schule muss zunehmend mehr Aufgaben wahrnehmen. Wichtig ist deshalb, dass der Kanton Zürich auch für die Lehrpersonen attraktive Arbeitsbedingungen schafft, so dass sie ihrer Arbeit mit Freude und Überzeugung nachgehen können. Teilzeitarbeit soll unterstützt und die Lehrpersonen entlastet werden. Sei dies in schwierigen Schulsituationen durch die Schulsozialarbeit, eine Hilfsperson oder Unterstützung der Schulleitung. Letztlich ist das Ziel der Schule, dass die Kinder und zukünftigen Erwachsenen später einen Beruf ausüben können und dafür das nötige Können mitbringen.

Geld kann nicht besser investiert werden, als in Bildung. Deshalb setze ich mich als Sozialdemokratin und Mutter dafür ein, dass nicht am falschen Ort gespart wird und die finanziellen Mittel sinnvoll eingesetzt werden.

Wahlen vom 12. April: Christoph Daeniker (neu) in den Kantonsrat

Warum wir eine starke Sozialhilfe brauchen

Die Sozialhilfe steht im Kanton Zürich unter Druck: Die bürgerlichen Parteien wollen hier Leistungen kürzen und die Rechtsverbindlichkeit der SKOS-Richtlinien aufkündigen. Kommt diese Forderung durch, werden Armutsbetroffene der Willkür der Behörden ausgesetzt. Ein unhaltbarer Zustand, dem entschieden entgegengetreten werden muss. Die Fortschritte bei der Bekämpfung der Armut dürfen nicht zur Disposition stehen.

Von Christoph Daeniker, Vorstand SP Uster, Kantonsratskandidat

Im Kantonsrat will ich mich dafür einsetzen, dass die Sozialhilfe als letztes Auffangnetz der sozialen Sicherheit gestärkt und gefestigt wird. Die Rechtsgleichheit beim Bezug von Leistungen, das soziale Existenzminimum und die Würde der SozialhilfebezüglerInnen sind zu schützen. Dafür sind Reformen notwendig, etwa die Eliminierung von unerwünschten Schwelleneffekten und von Fehlanreizen bei der Aufnahme von Erwerbsarbeit. Einen Leistungsabbau können und dürfen wir uns jedoch nicht leisten. Durch meine vielschichtigen Erfahrungen in der Privatwirtschaft und im Sozialwesen verfüge ich über das notwendige Know-How um mitzuhelfen, diese Reformen sinnvoll auszugestalten. Auch will ich mich für einen kantonalen Soziallastenausgleich einsetzen, so dass Sozialtourismus verhindert wird. Und so kann auch verhindert werden das kleine Gemeinden ihren Steuerfuss aufgrund der Soziallasten erhöhen müssen.

Wie funktioniert Sozialhilfe?

Die Sozialhilfe ist das letzte Auffangnetz im mehrstufigen sozialen Sicherungssystem der Schweiz. An erster Stelle steht die individuelle Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit. Danach folgen die nationalen Sozialversicherungen wie AHV, IV oder ALV. Reichen diese nicht aus, kommen die kantonalen Bedarfsleistungen zum Zuge, und schliesslich die Sozialhilfe.

Nur wer in einer Notlage ist und seinen Lebensunterhalt nicht über Erwerbsarbeit, eigene Mittel oder Leistungen der Sozialversicherungen decken kann, hat in der Schweiz Anspruch auf Sozialhilfe. Um diesen individuellen Anspruch festzustellen, macht die Sozialhilfe umfangreiche Abklärungen. Wer Sozialhilfe beantragt, ist verpflichtet, Auskunft über Einkommen, Vermögen und die Familienverhältnisse zu erteilen.



Christoph Daeniker ist Mitglied des Vorstandes und kandidiert auf der SP-Liste 2 für den Kantonsrat.

Zudem muss nach den vorhandenen Möglichkeiten aktiv zur Verminderung oder Behebung der Notsituation beigetragen werden.

Warum braucht es Sozialhilfe?

Sozialhilfe ist kein Almosen, sondern eine sozialpolitische Notwendigkeit. Es gab und gibt immer Menschen, die für kürzere oder längere Zeit auf Sozialhilfe angewiesen sind, sei es, weil sie mit ihrer Arbeit nicht genug verdienen, oder weil sie über längere Zeit keine Arbeitsstelle finden. In den letzten Jahren haben Scheidungen, schlecht bezahlte Teilzeitarbeit und andere prekäre Arbeitsverhältnisse zugenommen, so dass insbesondere für Alleinerziehende und kinderreiche Familien, aber auch für über 50-Jährige das Armutsrisiko gestiegen ist. Sozialhilfe verhindert, dass Armutsbetroffene in die Isolation und ins soziale Elend abgleiten. Die bürgerlichen Sozialhilfeabbauer tun so, als müsste nur die Hilfe gekürzt werden und die Sozialhilfequote würde automatisch sinken. Die

Effekte wären aber andere: Die armutsbedingte Kriminalität in der Schweiz würde ansteigen. Armut – in Form von Bettelnden und Obdachlosen auf der Strasse – würde deutlich sichtbar. Mehr Menschen würden verzweifeln, würden depressiv oder suchtkrank. Der soziale Zusammenhalt würde sinken, der gesellschaftliche Kitt ginge verloren.

Würdiges Leben in geordneten Verhältnissen

Ich bin der Meinung, dass wir das nicht zulassen dürfen, sondern an den Zielen der existenzsichernden Sozialhilfe festhalten sollten. Alle Menschen sollen ein würdiges Leben in geordneten Verhältnissen führen können. Gerade für Kinder in armutsbetroffenen Familien ist dies besonders wichtig, denn nur so haben sie die Chance, dass sie ihr Selbstwertgefühl stärken und eine solide Ausbildung erhalten können. Nur so können wir den Teufelskreis der vererbten Armut durchbrechen. Und davon profitieren wir letztlich alle.

Wahlen vom 12. April: Marius Weder (neu) in den Kantonsrat

Bezirk Uster benötigt mehr bezahlbaren Wohnraum

Die Wohnbaupolitik steht seit einiger Zeit wieder weit oben auf der politischen Agenda. Völlig zurecht: Gerade in der Agglomeration Zürich wird bezahlbarer Wohnraum für Familien immer knapper. Die Kantonsverfassung verlangt, dass das Gemeinwesen den gemeinnützigen Wohnungsbau fördert. Die SP hat mit einer Änderung des Bau- und Planungsgesetzes hier 2014 einen grossen Erfolg in der Volksabstimmung erringen können. Doch weitere Massnahmen sind nötig.

Von Marius Weder, Gemeinderat,
Kantonsratskandidat, Uster

Eine im Jahr 2010 veröffentlichte Studie unter dem Titel «Preisgünstiger Wohnraum dank guter Raumplanung» hat gezeigt, dass sich in vielen Regionen Normalverdienende den Wohnraum schlicht nicht mehr leisten können. Besonders von dieser Situation betroffen sind die grossen Städte. Immer mehr Leute können sich die hohen Wohnkosten dort nicht mehr leisten und sind gezwungen, Wohnraum in peripheren Lagen zu suchen. Das ist problematisch: Einerseits findet so eine Entmischung der Bevölkerung statt, andererseits steigen die Pendlerdistanzen an, was wiederum die Umwelt belastet. Zwar ist die Situation in unserem Bezirk noch nicht so dramatisch wie etwa im Zürcher Seefeldquartier oder in einigen Goldküstengemeinden, aber auch bei uns sind entsprechende Tendenzen deutlich verschärft.

Kanton muss Gemeinden unterstützen

In Uster und den umliegenden Gemeinden ist in den letzten zehn Jahren vor allem Wohneigentum im mittleren und höheren Preissegment gebaut worden. Wir brauchen aber auch ein Angebot an bezahlbaren Wohnungen, insbesondere für Familien mit Kindern. Hier ist es die Aufgabe des Kantons, den Gemeinden die geeigneten Instrumente in die Hand zu geben. Ein wichtiges neues Instrument haben die Gemeinden seit einer Volksabstimmung im Herbst 2014 in der Hand, dies vor allem dank der SP.

Sie hatte mit einer Volksinitiative die Idee eingebracht, dass das «Zuger Modell» auch im Kanton Zürich umgesetzt wird. Die SP konnte sich damit im Kantonsrat zwar nicht durchsetzen, das Parlament verabschiedete aber einen Gegenvorschlag, der dem Modell sehr nahe kommt. Gemäss dem Gegenvorschlag, können



Marius Weder ist Gemeinderat in Uster und kandidiert auf der SP-Liste 2 für den Kantonsrat.

Gemeinden inskünftig bei Ein- und Aufzonen vorsehen, dass ein gewisser Anteil der zu erstellenden Bruttogeschossfläche für den gemeinnützigen Wohnungsbau reserviert werden muss. Es ist gewissermassen ein Deal zwischen der Gemeinde und den Landbesitzern: Die Gemeinde ermöglicht es den Besitzern ihr Land profitbringender zu nutzen, diese verpflichten sich im Gegenzug dazu, einen Anteil von kostengünstigen Wohnungen zu erstellen – eine klassische Win-Win-Situation.

Die bürgerlichen Parteien FDP und SVP ergriffen gegen diesen Kompromiss das Referendum und holten sich in der Volksabstimmung eine deutliche Abfuhr: Der Gegenvorschlag wurde mit fast 60 Prozent angenommen, davon auch in vielen Agglomerations-Gemeinden, in denen die SP ansonsten eher einen schweren Stand hat.

Die SP versteht diesen Sieg als Bestätigung ihrer Politik und als klare Aufforderung, in den kommenden Jahren auf kommunaler und kantona-

ler Ebene weiter dafür zu kämpfen, dass es in Uster und im Kanton Zürich weiterhin ein Angebot an bezahlbaren Wohnungen gibt.

Wohnbaugenossenschaften fördern

Etwa dank der von den Wohnbaugenossenschaften lancierten Initiative «Bezahlbar Wohnen im Kanton Zürich». Kürzlich hat hierzu die erste Debatte im Kantonsrat stattgefunden. Die Forderung, dass der Kanton einen Wohnraumfonds einrichten soll, findet zwar keine Mehrheit. Doch es zeigt sich, dass das Resultat in der Abstimmung zum Gegenvorschlag der SP-Initiative Wirkung zeigt: Der Kantonsrat will es nun möglich machen, dass zumindest die Gemeinden solche Fonds einrichten dürfen. Dies ist ihnen bislang verboten. Dies alles zeigt: In der Wohnbaupolitik ist zur Zeit vieles in Bewegung und wir kommen der Erfüllung des eingangs erwähnten Verfassungsauftrages Schritt für Schritt näher.

Abstimmungen vom 8. März: NEIN zur Volksinitiative «Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»

Es profitieren vor allem die Wohlhabenden

Von Stefan Feldmann,
SP-Kantonsrat, Uster

Zugegeben, der Titel der Initiative tönt verlockend: «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen». Wer kann da schon dagegen sein? Zumal wir ja allen wissen, dass Kinder haben für viele Normalverdienende eine finanzielle Herausforderung darstellt. Warum diesen Menschen also nicht etwas entgegenkommen, indem man die Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreit?

Nun, die erste Krux an der von der CVP lancierten Initiative ist, dass eben gerade nicht die Menschen, die es nötig hätten, von der Initiative profitieren. Das zeigt ein Zahlenbeispiel: Eine Familie mit zwei Kindern, die in der Stadt Zürich lebt und ein steuerbares Einkommen von 20'000 Franken hat, würde durch die Initiative um 243 Franken entlastet. Hätte dieselbe Familie plötzlich ein Einkommen von 100'000 Franken, dann müsste sie 1'222 Franken weniger Steuern zahlen. Und verdient die gleiche Familie stattdessen 250'000 Franken wäre die Steuerersparnis gar 2'009 Franken. Das alles zeigt: Es profitieren vor allem Familien vom besseren Mittelstand an aufwärts. Und dort, wo eine Entlastung wirklich etwas bringen würde, nämlich ganz

unten, hat die Initiative gar keinen Effekt: Die ärmsten Familien, die wegen ihrer tiefen Einkommen schon jetzt keine Steuern zahlen und trotzdem kaum über die Runde kommen, haben letztlich keinen einzigen Franken mehr in der Tasche.

Gleichzeitig, und das ist die zweite Krux, würde die Initiative bei Bund und Kantonen zu Mindereinnahmen von mindestens 1 Milliarde Franken führen. Die Folgen wären klar: In Zeiten leerer Kantonskassen müsste die Sparschraube weiter angezogen werden. Bereits jetzt sparen viele Kantone bei den Prämienverbilligungen oder den familienergänzenden Betreuungsangeboten. Und wer profitiert vor allem von diesen dann nicht mehr finanzierbaren Angeboten? Genau, die Familien mit kleinen Einkommen.

Und so zeigt sich bei näherer Betrachtung: Was auf den ersten Blick gut tönt, ist auf den zweiten Blick nicht viel mehr als eine Umverteilungs-Initiative von unten nach oben. Familien mit guten Einkommen, die nicht zwingend auf eine Entlastung angewiesen sind, profitieren, und Familien mit tiefen Einkommen, die von der Entlastung nichts haben, müssen diese dann durch Sparmassnahmen bezahlen. Das Fazit ist deshalb klar: Eine solche Initiative verdient ein Nein.

Anzeige

Abstimmungsparolen für den 8. März 2015

Eidgenössische Abstimmungen

NEIN zur Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»

... lesen Sie dazu die Argumente auf dieser Seite.

NEIN zur Volksinitiative «Energie statt Mehrwertsteuer»

... weil sie vom Ansatz her zwar richtig, in der Umsetzung aber den sozialen Aspekten einer solchen Steuerreform viel zu wenig Rechnung trägt.

Kommunale Abstimmungen

NEIN zur Umwandlung des Zweckverbandes Spital Uster in eine Aktiengesellschaft

NEIN zur Interkommunalen Vereinbarung zur Spital Uster AG

... lesen Sie dazu die Beiträge auf den Seiten 3 bis 5.

Wahlen

Andreas Kofmel als Friedensrichter für Uster

... weil er die nötigen psychologischen und juristischen Voraussetzungen mitbringt und als Kanzleimitarbeiter eines Friedensrichters die Materie bereits bestens kennt.

Andreas Kofmel – unser neuer Friedensrichter



Kompetent • Sachkundig • Lösungsorientiert

- Bringt seine fünfjährige Erfahrung als Sekretär vom Friedensrichteramt Zürich mit.
- Kennt die gesetzlichen und formalen Abläufe.
- Engagierte sich während den letzten 4 Jahren in der Primarschulpflege Uster.
- Kann mit Menschen unterschiedlichster sozialer und kultureller Herkunft umgehen, nicht zuletzt dank seinem Psychologiestudium.

Vielen Dank für Ihre Stimme am 8. März!

Andreas Kofmel

